

Faust

Magazin der bayerischen Jusos

Jusos
BAYERN

2016



Thema: Gerechtigkeit

Globalisierte Welt, globalisierte Ungerechtigkeit?

Das Bedingungslose Grundeinkommen – ein Irrglaube

Inklusion – eine Frage der Gerechtigkeit

Keine Azubis? Kein Wunder!



Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist wieder soweit: Die neue Faust ist da! Mit bewährtem Design, spannenden Artikeln und etwas gerechter starten wir ins neue Jahr. Die Faust stellt dabei nur den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen dar, zu denen wir euch bereits jetzt ganz herzlich einladen wollen.

Ein großes Dankeschön auch an alle, die uns bei dieser Ausgabe unterstützt haben. Es bleibt uns nur noch eins zu sagen: „Viel Spaß beim Lesen!“

Eure Faust-Redaktion

Inhalt

Mephisto 3



Globalisierte Welt, globalisierte Ungerechtigkeit? 4



Für die Armen

Das Bedingungslose Grundeinkommen – ein Irrglaube 7

Fair Trade? 10



Unsere Freiheitskampagne 2015 in Bildern 12



Inklusion – eine Frage der Gerechtigkeit 14



Keine Azubis? Kein Wunder! 16



Pech gehabt! 18

Wie wirkt „digital divide“ auf unsere Bildung? 20

Zum Sterben zu viel, zum Riestern zu wenig? 21

Gender Budgeting – Gerechtigkeit in der Finanzpolitik? 23



Impressum:

Herausgeber und Redaktionsanschrift: Jusos in der SPD, Landesverband Bayern, Oberanger38/II. Stock, 80331 München, Telefon 089-23 17 11-37, Fax 089-23 17 11-39, buero@jusos-bayern.de

Verantwortlich: Jusos Bayern, Maria Deingruber, Landesgeschäftsführerin

Bildnachweis: Volker Derlath (Titel, Seite 3, 4, 6, 8, 9, 10, 14, 16, 23), privat (AutorInnenfotos)

Gestaltung & Produktion: Konturwerk, Herbert Woyke

Druck & Verarbeitung: Meox Druck GmbH



MEPHISTO

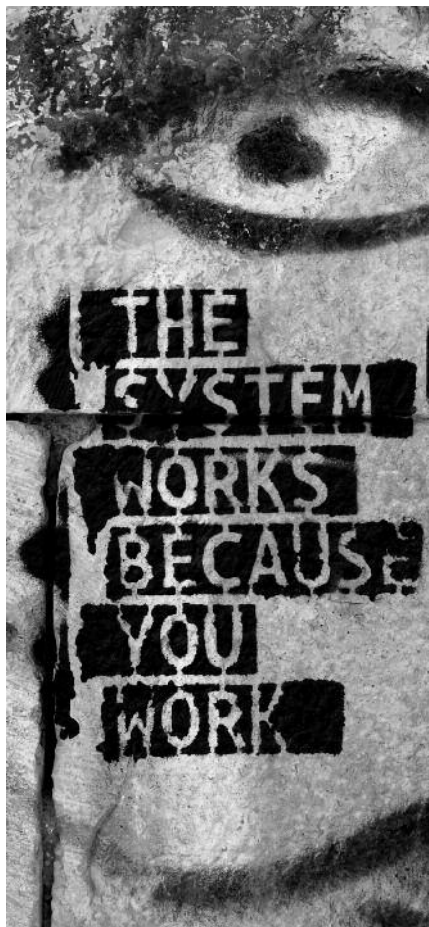
Nachdem wir im letzten Jahr mit einer großen, landesweiten Kampagne zum Thema Freiheit durch ganz Bayern gezogen sind und gemeinsam mit euch unzählige Aktionen durchgeführt haben, wollen wir im Jahr 2016 mit dem Thema Gerechtigkeit einen Schwerpunkt setzen. Genau wie Freiheit ist Gerechtigkeit einer unserer Grundwerte. Sie zu zitieren fällt uns oft leicht, sie allerdings in praktische Politik umzusetzen und auf konkrete Projekte herunterzubrechen ist dagegen eine ständige Herausforderung.

Ein Blick in die Tagespresse genügt, um festzustellen, wie wichtig es ist, sich mit der Frage nach mehr Gerechtigkeit zu beschäftigen. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in unserer Gesellschaft immer stärker auseinander. Wir leisten uns eine Gesellschaft, in der viele von ihrer Hände Arbeit kaum noch leben können, einige wenige aber gar nicht mehr wissen, wie sie ihr Geld noch verprassen können.

Wir akzeptieren anscheinend, dass die „oberen 10 Prozent“ über fast 60 Prozent des Privatvermögens verfügen und eine ungebändigte Steuerflucht uns jedes Jahr hohe zweistellige Milliardenbeträge kostet. Ist das noch gerecht? Muss man sich immer dem Vorwurf einer angeblichen „Neiddebatte“ ausgesetzt fühlen, wenn man diese Fakten offen anspricht?

Verteilungskämpfe werden auch bei uns in Bayern sichtbarer und allzu häufig werden benachteiligte Gruppen gegeneinander ausgespielt. Wer ein besonders greifbares Beispiel dafür braucht, muss sich nur

so manche Debatten zum Thema Asyl und dem Umgang mit Geflüchteten ansehen. Das können und wollen wir als Jusos nicht stehen lassen.



Wir kämpfen seit jeher für eine solidarische Gesellschaft der Gleichen und Freien. Und auch 2016, einem Jahr in dem Kriege und bitterste Armut wahrscheinlich wieder viele Menschen zur Flucht zwingen werden, bleibt für uns klar: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Einheimischen und Geflüchteten. Sie verlaufen zwischen „oben“ und „unten“.

Unsere Konzepte, unsere Antworten und unsere Forderungen zum Thema Gerechtigkeit werden wir euch auch dieses Jahr in einer bayernweiten Kampagne, an der ihr euch alle beteiligen könnt, näherbringen. Vorab gibt es in dieser Faust einige Denkanstöße zum Thema. Viel Spaß beim Lesen! Der Landesvorstand der Jusos Bayern freut sich auf ein ereignisreiches und kämpferisches Jahr mit euch!

Freundschaft!
Euer Tobias Afsali

Tobias Afsali
Vorsitzender Jusos Bayern, München
Politische Schwerpunkte:
Innen- und Gleichstellungspolitik,
Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik,
Migrations- und Asylpolitik



Globalisierte Welt, globalisierte Ungerechtigkeit?



Vernetzter, schneller, rasanter. Nie fühlten wir uns in dieser Welt so nah beieinander wie im 21. Jahrhundert. Über soziale Netzwerke kommunizieren wir mit unseren FreundInnen am anderen Ende der Erde in Echtzeit, wir sehen Nachrichten aus allen Ecken des Planeten, wir reisen und lernen neue Länder kennen. Die Welt scheint endgültig zum Dorf zu werden. Und das nicht nur in Europa: Mobiles Internet und Smartphones bringen das Internet und damit den Anschluss an die globale Informationsgesellschaft selbst in die ländlichsten Regionen der Welt. Menschen ohne Bankkonto erledigen ihre Geldgeschäfte per Handy.

Die kosmopolitische Idee einer vernetzten Menschheit scheint manchmal zum Greifen nah.

Der Kapitalismus erobert die letzten Freiräume

.....

Doch auch das ist die schöne neue Welt: Kriege und Zerstörung, Armut und Hunger, die himmel-schreiende Ungerechtigkeit unserer Welt in jeder Abendnachrichtensendung. Und nicht nur die Informationen werden grenzenlos. Auch der Kapitalismus erobert endgültig die letzten Räume dieser Erde: Die Bäuerin in Tansania, die – zwar ohne Strom und fließend Wasser – noch vor einem Jahrzehnt die Familie mit dem versorgen konnte, was das kleine Feld hergab und vielleicht noch ein wenig verkaufen konnte, um

die Schuluniform für den Sohn zu zahlen, findet heute keinen Markt mehr, weil Importe aus Europa oder Amerika billiger sind. Der Weber in Ghana, der früher mit harter Arbeit sein Auskommen und das seiner Angehörigen erwirtschaften konnte, kann heute nicht mit den günstigeren Stoffen aus Asien mithalten. Die wiederum verdanken ihren Wettbewerbsvorteil der schamlosen Ausbeutung in den Sweatshops von Bangladesch, Vietnam, und so weiter und so fort.

Der Wert der Arbeit sinkt

Während Gewinne und Wirtschaftsleistung beinahe überall steigen, so wie es die Propheten des Neoliberalismus ohne Grenzen in den 1980ern vorhersagten, sinkt der Wert der Arbeit im globalen Wettbewerb, werden SubsistenzbäuerInnen vom Markt oder gar von ihrem Land verdrängt, finden risikofreudige InvestorInnen fast überall ein schier endloses Heer an arbeitsfähiger Bevölkerung vor, die mangels Alternativen günstig zu haben sind. Und natürliche Ressourcen, die ohne Rücksicht auf Verluste ausgebeutet werden können.

Wenn die Arbeitskräfte zu teuer werden: Unsere Welt kennt keine Grenzen für das Kapital, nur für die Menschen ... Und wenn mal wieder ein Staat irgendwo in Afrika, Asien oder Lateinamerika in Chaos und Gewalt versinkt, reagiert Mensch fassungslos, Deutschland beschwert sich über Flüchtlingsströme und der Kapitalismus freut sich auf saftige Gewinne. Wir, die wir in einem der reichsten Länder der Erde wohnen, wissen das alles. Wir, die wir darüber nachdenken, wissen, dass unser Reichtum und unser Wohlstand zu einem guten Teil auf der jahrhundertelangen Ausbeutung des Großteils der Menschheit beruhen. Wir Jusos wissen auch, dass wir in dieser ungerechten Welt nicht leben wollen, dass wir eine andere, eine gerechte Welt wollen. Unser Schlagwort dafür ist die internationale Solidarität. Wir beteiligen uns an globalisierungskritischen Netzwerken, gehen auf Demos gegen Freihandelsabkommen, mobilisieren gegen Stillstand beim neuen Klimaabkommen und fordern höhere Entwicklungshilfe.

Doch reicht das? Klar, wir sind Teil des internationalen Bündnisses der sozialistischen Jugend (IUSY), haben Partnerorganisationen in reichen wie in armen Ländern. Und die SPD fühlte sich von Anfang an nicht nur der Gerechtigkeit in Deutschland verpflichtet, sondern wollte ein gutes Leben für alle Menschen. Doch es ist schon eine Weile her, dass der (demokratische) Sozialismus die Hoffnung für die Unterdrück-

ten dieser Welt war, es ist schon eine Weile her, dass Unabhängigkeitsbewegungen im globalen Süden die Freiheit von den Kolonialherren erkämpften und Aufbruchsstimmung herrschte in den neu entstandenen Staaten. Es ist schon verdammt lange her, dass die sozialistische Internationale als Bewegung für globale Gerechtigkeit ernstgenommen wurde. Daran hat auch die Neugründung als „Progressive Alliance“ im Jahre 2013 nichts geändert. Mit Entwicklungspolitik und der Forderung nach fairem Handel gewinnt man nun mal keine Wahlen, und so wird der Punkt „Internationalismus“ in unserer Partei und unserem Verband doch oft recht stiefmütterlich behandelt. Große politische Fortschritte waren in den letzten zwei Jahrzehnten jedenfalls nicht zu verzeichnen. Dabei wäre es ja schon etwas, das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit endlich auf über 1 Prozent des BIP zu heben ...

International sieht es nicht viel besser aus: Der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung und der wachsenden Nachfrage nach fair gehandelten Produkten stehen das ungebremste Wachstum der Weltwirtschaft und die endlose Gier nach Rohstoffen gegenüber, die sich um ArbeiterInnen einen Dreck schert und die globalen Ökosysteme an den Rand des Zusammenbruchs bringt.

Neben den „klassischen“ Industriestaaten in Amerika und Europa sowie Japan treten die wachsenden Volkswirtschaften aus China, Indien, Brasilien und anderen Staaten. Sie alle bringen mit ihrer Nachfrage zwar auch Wirtschaftswachstum in den sog. Entwicklungsländern, aber eben auch neue Ausbeutung und neue Ungerechtigkeit.

Längst ist es nicht mehr wirklich zutreffend, nur von reichen und armen Ländern zu reden: Vielmehr bilden sich überall neureiche Oberschichten, zum Teil sogar eine kleine, stets vom Abstieg bedrohte Mittelschicht. Aber ob in Afrika, Asien oder Lateinamerika: Die Inseln des Reichtums schwimmen in einem Meer der Armut. Und das zum Teil wortwörtlich: Direkt neben Kibera, dem größten Slum Nairobis befindet sich auch der größte Golfplatz der Stadt. Der Entwicklungsgeograph Fred Scholz prägte hierfür den Begriff der fragmentierenden Entwicklung, und tatsächlich begegnet dieses Phänomen der wenigen „Sichentwickelnden“ und der vielen Zurückgelassenen jedem Menschen mit offenen Augen in allen Metropolen des globalen Südens.

Die Regeln des Kapitalismus bleiben eben auch in unserem Jahrhundert dieselben, trotz „feel-good-marketing“ und Mega-NGOs wie der Bill und Melinda Gates Stiftung: Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer, nicht nur bei uns, sondern im globalen Maßstab.



Die Welt braucht Gerechtigkeit

Was also tun? Verzweifeln? Verzicht predigen? Nur noch Bio-Tofu aus dem Eine-Welt-Laden? Ja und Nein. Ich selbst forsche seit mehreren Jahren über die Entwicklung in Kenia und Tansania, betreue seit 2012 den Austausch zwischen den bayerischen Jusos und unseren GenossInnen auf den Philippinen. Vieles, das man sieht, kann einen deprimieren, oft hat man das Gefühl, es könnte nie etwas voran gehen und wenn, dann in die falsche Richtung.

Es ist nicht mehr viel übrig von den großen Versprechungen der Unabhängigkeit – vielleicht hatten die auch nie eine Chance in unserem Kapitalismus. Und dennoch findet man Menschen, ziemlich viele sogar, die sich nicht mit ihrem Schicksal zufrieden geben. Die sich organisieren, Bauerngenossenschaften bilden oder politische Plattformen für SlumbewohnerInnen, die einem Hoffnung geben.

Der Wandel, den wir wollen, wird nicht, ja er kann aus meiner Überzeugung nicht, von uns in Europa ausgehen. Das heißt allerdings nicht, dass wir als Jusos die Hände in den Schoß legen sollten und auf die Weltrevolution aus dem Süden hoffen. Es ist

die Politik in unserem Lande und in unserem Europa, die das Leben und die Chancen eines großen Teils der Menschheit mitbestimmen. Ob Agrarpolitik, Entwicklungszusammenarbeit oder Klimaschutz – wir dürfen nicht aufhören, eine Politik einzufordern, die global gerecht ist und die unserem Verständnis von internationaler Solidarität entspricht. Wir müssen weiter Bündnisarbeit leisten, gemeinsam mit unseren Genossinnen und Genossen in der ganzen Welt an einer Perspektive arbeiten, den globalen Wohlstand endlich gerecht zu verteilen.

So wie die Welt ist, kann sie nicht bleiben. Was die Welt aber endlich braucht, ist Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit für alle, das geht nur sozialistisch.

Also lasst uns daran arbeiten!

Daniel Mann
stellv. Juso-Landesvorsitzender,
Würzburg
Politische Schwerpunkte:
Internationales und Europa,
Entwicklungspolitik, Gleichstellung



Das Bedingungslose Grundeinkommen – ein Irrglaube

Seit Jahrzehnten wird in diversen politischen Parteien, in Organisationen des politischen Vorfelds und zahlreichen anderen Zusammenschlüssen die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) diskutiert, wobei sich die dadurch erarbeiteten Vorschläge hinsichtlich der Größe der Gruppe, die Anspruch auf das BGE hätte, der Höhe der Transferleistungen sowie der Gegenfinanzierung unterscheiden. Die populärsten Ansätze des BGE seien hierbei kurz genannt:

Das Liberale Bürgergeld

.....

Das Liberale Bürgergeld, welches seit 2005 von der FDP gefordert wird, sieht vor, dass nach einer relativ restriktiven Bedürftigkeitsprüfung eine durchschnittliche Summe von 662 € pro Monat ausgezahlt werden soll. Abzüglich ALG-II-Regelsatz verbleiben anschließend noch circa 300 € für Wohnen und Ähnliches. Ziel des liberalen Ansatzes ist es hierbei in keiner Weise, den ökonomischen Status Quo zu verändern, sondern schlichtweg Verwaltungskosten einzusparen. Da sich aufgrund der geringen Höhe die wirtschaftliche Situation der BezieherInnen nur zementieren dürfte, ist dieser Ansatz es nicht wert, überhaupt von einer ArbeiterInnenpartei diskutiert zu werden, zumal er das Kriterium der Bedingungslosigkeit aufgrund der Bedürfnisprüfung nicht erfüllt und eben auch deshalb bestenfalls marginale Einsparungen bei der Verwaltung ermöglicht.

Das Althaus-Modell

.....

Das Althaus-Modell, welches aus den Reihen der CDU stammt, schlägt in eine ähnliche Kerbe. Hier soll eine relativ geringe Summe, nämlich 400 € bzw. 800 €, abhängig vom Vorschlag, pauschal an jede Person ausgezahlt werden, wobei in beiden Fällen 200 € für Gesundheitskosten abgezogen werden. Jeder weitere Zuverdienst wird mit 25 bzw. 50 Prozent pauschal besteuert. Gleichzeitig entfallen bei diesem Modell ausnahmslos alle Sozialleistungen in ihrer heute bestehenden Form. Während hohe Einkommen, insbe-

sondere solche, die nicht aus abhängiger Beschäftigung resultieren, in herausragendem Maße von diesem Vorschlag bevorzugt werden, während der Niedriglohsektor sofort ab Beschäftigungseintritt mit einer enorm hohen Besteuerung konfrontiert wird, übertrifft das Althaus-Modell das Liberale Bürgergeld sogar hinsichtlich des Ausmaßes der Umverteilung von unten nach oben. Gleichzeitig werden Arbeitsanreize für GeringverdienerInnen eliminiert. Plakativ gesagt finanzieren gut verdienende, abhängige Beschäftigte durch eine überproportional hohe Quantität der Steuerlast die staatlichen Transfers per BGE. Gleichzeitig entfallen Sozialabgaben der Unternehmen sowie staatliche Transfers und der Sozialstaat, inklusive des Gesundheitssektors, wird auf die Zahlung des BGEs reduziert. Gewinner des Systems sind, wie wäre es auch anders denkbar, die ArbeitgeberInnen, deren Lohnnebenkosten deutlich sinken dürften. Deshalb kann dieser Vorschlag ohne Bedenken in die neoliberale Ecke zum Bürgergeld der FDP geschoben werden, ohne weiter darauf eingehen zu müssen.

Vermeintlich linke Modelle des BGEs

.....

Zuletzt seien noch die diversen Vorschläge linker (Jugend-)Verbände zusammengefasst, welche bedingungslose Pauschaltransfers in relativ großer Höhe an alle in Deutschland lebenden Personen mit dem Ziel vorsehen, den Zwang zur Aufnahme einer Beschäftigung abzuschaffen. Demnach werden Arbeitslosengeld, und je nach Vorschlag auch weitere Leistungen wie Renten und BAföG, durch das BGE ersetzt, welches pauschal und in gleicher Höhe an jede Person ausgezahlt wird. Da nun alle über ausreichend Geld verfügen, um die für ihre Existenz notwendigen Einkäufe zu tätigen, entfällt der Arbeitszwang für die reine Lebenserhaltung. An dieser Stelle kann nun jeder für sich selbst seinen Nutzen dahingehend maximieren, indem er oder sie eine Abwägung zwischen Freizeit (die gegebenenfalls für Heimarbeit, Künste, Ehrenamt oder Ähnliches genutzt werden kann) und Arbeitszeit trifft. Will eine erwerbsfähige Person demnach mehr als nur Leistungen in Höhe des soziokul-



turellen Existenzminimums konsumieren, so muss sie ihre Arbeitskraft am Arbeitsmarkt veräußern und kann dadurch zusätzliche Einkünfte erzielen. Will sie hingegen ihre persönliche Freiheit, aus welchen Gründen auch immer, wahren, so ermöglicht ihr dies die Kaufkraft, die ihr das BGE zur Verfügung stellt. Insgesamt, so die vermeintlich linke Theorie, würde dadurch die persönliche Freiheit gestärkt, eine Aufwertung der unbezahlten Arbeit durchgeführt und ein Aufblühen der Künste realisiert. Da dieses Modell von den genannten Vorschlägen das einzige ist, das eben nicht auf einem schlankeren Sozialstaat zugunsten der KapitalistInnen abzielt, sondern eine Stärkung der arbeitenden Klasse vorsieht, ist es eben auch das einzige, das es wert wäre, von einem linken Interessenverband wie den Jusos diskutiert zu werden. Weshalb es sich dabei um einen Trugschluss, und wohl auch um eine der größten Zeitverschwendungen linker Debattenkultur handelt, sei im Folgenden erörtert.

Das BGE ist ein wirkungsloses Instrument

.....

Auch wenn zahlreiche KritikerInnen gerne Argumente wie die Unmöglichkeit der Finanzierung, fallende Beschäftigungsanreize, steigende Schattenarbeit

etc. anführen, können uns diese Punkte gänzlich egal sein. Denn das Bedingungslose Grundeinkommen wirkt nicht. Und ein wirkungsloses Instrument, selbst wenn alle Argumente dagegen völlig aus der Luft gegriffen wären, ist es nicht wert, eingeführt zu werden.

Nehmen wir also z.B. an, dass ein Land sich entschließt, eine pauschale Summe an alle sich in diesem Land befindlichen Personen ohne Ausnahme auszuzahlen, und dass diese Summe in ihrer Quantität groß genug ist, um den Zwang zur Aufnahme einer Beschäftigung zu eliminieren. BefürworterInnen des BGEs würden nun glauben, dass sich die Kaufkraft der BGE-BezieherInnen um genau die Quantität des BGEs erhöhen würde. Im Ein-Personen-Fall ergibt das schließlich auch Sinn: Wenn heute ein Fahrrad 1.000 € kostet, und ich 1.000 € per Pauschaltransfer bekomme, so kann ich mir dieses Fahrrad kaufen. Damit verbessert sich meine Position relativ zu der Situation, in der ich noch keine 1.000 € bzw. kein Fahrrad besessen habe.

Der Grund, wieso dem im Ein-Personen-Fall so ist, allerdings in einer Gesamtwirtschaft nicht, ist schlichtweg, dass meine 1.000 € keinen Einfluss auf den Preis des Fahrrads haben, solange nur ich diese Summe bekomme. Wird hingegen das BGE, das oben genannten Anforderungen genügt, an alle sich in einer Volkswirtschaft befindlichen Personen ausgezahlt, so zieht dies folgende Effekte nach sich: Die Geldmenge

steigt (im Falle der Finanzierung des BGEs durch Gelddruck) oder stagniert bestenfalls. Weil das BGE den Arbeitszwang aufhebt, sinkt die Beschäftigung. Damit werden in einer Volkswirtschaft weniger Güter produziert.

Plakativ gesagt existieren nun, um dem vorherigen Beispiel zu folgen, Personen im Umfang der Bevölkerung meiner Volkswirtschaft, die alle 1.000 € mehr in ihrer Brieftasche haben, und aufgrund der geringeren Beschäftigung weniger Fahrräder. Da Angebot (in diesem Fall die Fahrräder) und Nachfrage (die gestiegene Geldmenge) sich über den Preis ausgleichen, kann erwartet werden, dass der Preis steigt. Demnach entwertet sich der Pauschaltransfer BGE von selbst, und das rapide. Wenn nun die Preise in meiner Volkswirtschaft steigen, so ist das ausgezahlte BGE weniger wert. Die aktuell nicht Beschäftigten müssen also aufgrund gesunkener Kaufkraft eine Arbeit aufnehmen, um weiterhin ihren Konsum finanzieren zu können. Die Eliminierung des Beschäftigungszwangs eliminiert sich selbst.

Für eine gerechte Verteilung

Man muss kein Experte in Sachen Wirtschaft sein, um zu verstehen, dass Geld für sich keinen Wert hat, sondern sich schlichtweg aus dem Verhältnis zwischen Geldmenge und Waren ergibt. Daher ist der Pauschaltransfer auch das falsche Ventil, wenn eine Umverteilung intendiert wird.

Dennoch ist das BGE nicht nur hinsichtlich der Aufhebung des Arbeitszwangs ein Trugschluss, sondern erzielt noch andere negative Effekte, die keinesfalls erwünscht sein können: So führt die Entwertung des Geldes nicht nur zu einem Absinken des Werts des Pauschaltransfers, sondern auch zu sinkenden Realöhnen, die schließlich ebenfalls durch Geld vergütet werden. Damit ergibt sich eine Umverteilung der Kaufkraft von abhängig beschäftigten Arbeitskräften hin zu arbeitslosen BezieherInnen des BGE.

Die einzige Gruppe, die nicht davon betroffen ist, ist jene, die über die Produktionsmittel, in unserem Beispiel also die Produktionsstätten für Fahrräder, verfügt. Denn der Preis der real produzierten Güter passt sich an die nominale Geldmenge der Volkswirtschaft an, sodass der erzielte Gewinn für die Gruppe der KapitalistInnen vollkommen unberührt bleibt. Und damit ergibt sich auch der größte Fehler, den linke Naivlinge machen, wenn sie vom bedingungslosen Grundeinkommen träumen: Die Einkommen der Reichen werden nicht angetastet, statt-

dessen werden die Interessen der Arbeitenden gegen jene der Arbeitslosen ausgespielt.

Beenden wir also die Debatte über das BGE, verschwenden wir keine weitere Sekunde mit diesem Irrglauben an eine bessere Welt durch Erhöhung einer Größe, die keine Besserung schafft. Widmen wir uns vielmehr effektiven Umverteilungsmechanismen wie gerechten Löhnen, fairen Arbeitsbedingungen, einer sozial gerechten Arbeitslosen- und Rentenversicherung und tasten wir, durch höhere Sozialbeiträge und Abgaben, die Einkünfte jener an, die von der Armut und der Ausbeutung der arbeitenden Klasse profitieren. Oder anders gesagt: Zwingen wir den Fahrradproduzenten endlich dazu, dass er der Arbeiterin in seiner Produktionsstätte einen gerechten Lohn zahlt, zwin-



gen wir ihn dazu, ein Altern ohne Armut seiner Beschäftigten zu gewährleisten, zwingen wir ihn dazu, seine Beschäftigten im Falle der Arbeitslosigkeit finanziell nicht zu demütigen und stellen wir endlich fest: Sein Reichtum ist das Ergebnis der Armut vieler anderer.

Tobias Hartl
stellv. Juso-Landesvorsitzender
Politische Schwerpunkte:
Wirtschafts-, Finanz- und
Arbeitsmarktpolitik



Fair Trade?



Wir als JungsozialistInnen wissen sehr genau, dass das kapitalistische System voll von Ungerechtigkeit ist, ja es sein muss, um bestehen zu können. Ausbeutung, ökologische Zerstörung, Mangel an betrieblicher Partizipation und vieles mehr gehört für uns zum System und sind ein Grund, warum es unser Ziel ist, es zu überwinden. Spätestens seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, seit der globale Handel größere Formen angenommen hat und das Kaufverhalten sich dem modernen Konsumbegriff angenähert hat, wächst auch bei denjenigen, die mittlerweile als „VerbraucherInnen“ bezeichnet werden, eine gewisse Erkenntnis dafür, dass, besonders in den Ländern des globalen Südens, Missstände vorhanden sind. Dies ist weit entfernt von einer grundlegenden Analyse, bei der die Begriffe „System“ oder „Klasse“ fallen, dennoch ist, auch durch verbesserte Informationssysteme, ein Bewusstsein vorhanden, welchen Preis manche für den Wohlstand anderer zahlen müssen. Gerade hiervon profitiert momentan die Fair-Trade-Branche. In Deutschland wurde 2014 erstmals die 1-Mrd.-Euro-Marke bei fair gehandelten Produkten übertroffen, der Umsatz in diesem Jahr stieg um 31 Prozent. Zu berücksichtigen ist dennoch, dass dies zwar ein enormes Wachstum ist, verglichen mit anderen Gütern aber doch eher ein verhältnismäßig bescheidener Anteil. Allerdings lässt sich, auch in der subjektiven Wahrnehmung, nicht bestreiten, dass der Faire Handel auf einem neuen Level angekommen ist. Besonders beachtlich ist dies, wenn man sich die Entwicklung ansieht, von den Weltläden der 1960er/70er Jahre, über die Schaffung verschiedener kleinerer Siegel, bis hin zur Zusammenlegung ver-

schiedener Siegel und dem Eintritt heute auch bei Discountern. Mittlerweile gibt es vier internationale „Fair Trade“-Dachorganisationen:

1. Die „Fair Trade Labelling Organizations International“ (FLO) mit 20 Mitgliedsorganisationen in 20 Ländern
2. Die „International Fair Trade Association“ (IFAT) mit 270 Mitgliedsorganisationen in 60 Ländern
3. Das „Network of European Worldshops“ (NEWS) mit 15 Mitgliedsorganisationen in 13 Ländern
4. Die „European Fair Trade Association“ (EFTA), ein Netzwerk der 11 größten Importorganisationen in 9 europäischen Ländern.

Internationale Solidarität und Mindeststandards

Das Netzwerk hat sich also erweitert und professionalisiert, sodass wir heute sogar in den meisten Discountern die Möglichkeit haben, wirkliche Fair-Trade-Produkte zu kaufen. Die verschiedenen Organisationen, die zuständig sind für die Vergabe sog. Fair-Trade-Siegel, die sich an Standards orientieren. Die Standards berücksichtigen ökologische, soziale und auch ökonomische Vorgaben. Exemplarisch hierfür sind die Verbote verschiedener Stoffe sowie das Verbot von Kinderarbeit, aber stabile Mindestpreise. Viele erklären damit die erhöhten Preise bei Fair-Trade-Produkten und natürlich werden Produkte teurer, sobald aufwendiger produziert wird und die Löhne höher

sind. Diese Rechnung alleine ist allerdings etwas zu kurz gegriffen, denn die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten, die unökologisches Wirtschaften hat, werden dadurch außen vor gelassen, als Preis, den die Menschheit insgesamt zu bezahlen hat. Viele denken hier v.a. an große Umweltkatastrophen und argumentieren nationalistisch und kolonialistisch, da „uns“ als europäische Bevölkerung dies gar nicht beträfe, wenn Flüsse und Seen anderswo austrocknen oder verschmutzt werden. Auch in Kreisen der politischen Linken wird häufig auf eine ähnliche Art und Weise argumentiert. So wird der in Deutschland lebende ALG-II-Empfangende ausgespielt gegen die Person am anderen Ende der Welt, deren Überleben davon abhängt. Es ist natürlich eine schwere bis unmögliche Sache, als geringverdienender Mensch ausschließlich Produkte mit entsprechenden Siegeln zu kaufen. Dennoch ist es ein Trugschluss zu glauben, wir müssten für die Folgekosten einer unökologischen Produktion deshalb nicht bezahlen. Das Gleiche gilt für die sozialen Perspektiven, die Dinge, wie das Verbot von Kinderarbeit mit sich bringen. Kinder, die nicht arbeiten müssen und in dieser Zeit die Möglichkeit haben, sich in annähernd normaler Weise zu entwickeln, sind notwendig, um später eine stabile Gesellschaft zu bilden. Diese Hochrechnung macht also keinen Sinn und sie offenbart sich oft genug als falsch. Soziale und ökologische Krisen in Ländern, um die es meist im Fair-Trade-Kontext geht, bleiben nicht ohne Auswirkung auf Länder im globalen Norden. Ganz zu schweigen davon, dass das Gebot der internationalen Solidarität stets unabhängig zu gelten hat.

Es lässt sich beobachten, dass der Kauf von Fair-Trade-Produkten, wenn er auch stark zunimmt, keinen wesentlichen Einfluss auf die weltweite Verteilungsgerechtigkeit oder auf eine Verbesserung der ökologischen Situation hat. Oft wird in diesem Kontext darauf verwiesen, dass dies zusammenhänge mit einem verstärkten Konsum aufstrebender Nationen und angeblichen kulturellen Hintergründen, die in Europa und Nordamerika vorhanden sind, aber anderswo noch nicht. Aus diesem Grund könnte es ja gar nicht helfen und die KonsumentInnen würden nur gegen die berühmten Windmühlen kämpfen.

Mit diesem Argument legitimieren diejenigen, die sich solchen Produkten verweigern, ihre Haltung und es eröffnet auch einen Entschuldigungsspielraum für die, die Fair-Trade konsumieren. Denn wie neuropsychologische Studien ergeben haben, verhalten sich KonsumentInnen nicht immer rational. Oft nachgewiesen wurde z. B. das Führen sog. „Mentaler Konten“, also das Abspeichern ökologisch und moralisch „richtigen“ Konsums, was eben auch gegensätzliche Kon-

sumententscheidungen rechtfertigt. Exemplarisch esse ich zum Frühstück das Bio-Brot mit einem veganen Brotaufstrich aus fairem Handel und habe gleichzeitig überhaupt kein schlechtes Gewissen, in der Mittagspause ein Wurstbrot zu essen, bei dem Wurst wie Brötchen aus einer Produktion stammen, deren nachgewiesene ökologische und soziale Standards wesentlich schlechter sind.

Wir müssen anders wirtschaften

Wenn also Fair Trade momentan einen Aufschwung erlebt und dieser durchaus zu begrüßen ist, so muss dennoch festgestellt werden, dass eine vermeintlich „unsichtbare Hand“ bzw. die Entscheidungen der KonsumentInnen, grundlegende ökologische und soziale Standards nicht obsolet machen können. Dies würde auch niemand ernsthaft in Erwägung ziehen, zumindest nicht, wenn wirklich Interesse an sozialen und ökologischen Transformationen innerhalb unseres Wirtschaftssystems besteht. Allerdings ist es für alle, die ihre Stellung und Handlung innerhalb des Systems reflektierend betrachten, eine Möglichkeit, jenseits betriebswirtschaftlichen Kalküls, eigene Konsumententscheidungen zu treffen. Hierbei steht für uns als Jusos jedoch auch fest, dass selbst die Standards von Fair-Trade-Siegeln alleine keine Auflösung bestehender Systemwidersprüche und Ausbeutungsverhältnisse bedeuten. Dazu gehört auch die Möglichkeit, dass die Produkte, die mit ökologischen und sozialen Mindeststandards hergestellt werden, in Europa, in Nordamerika und anderen Ländern für die dort lebenden Menschen mit geringerem Einkommen verfügbar gemacht werden müssen. Wir brauchen also neben globalen Mindeststandards auch eine Sozial- und Tarifpolitik bei uns, die eine klare, linke Handschrift trägt, um zumindest ein Minimum an Gerechtigkeit im globalen Kontext herzustellen. Wirkliche Gerechtigkeit in unserem Sinne ist nur zu erreichen durch die Überwindung bestehender Widersprüche und Ausbeutungsverhältnisse.

Cosmas Tanzer
stellv. Juso-Landesvorsitzender,
Leitung Umweltkommission
Politische Schwerpunkte:
Umwelt, Bildung, Kampf gegen Rechts



Unsere Freiheitskampagne 2015



Gespräche + Bildung + Diskussionen + Freiheit + Legalisierung von Cannabis + Nazizwerge-Wegkegeln + Ausbildung + Dosenwerfen + Arbeitswelt + Juso-Enten + Netzpolitik + Begegnungen + Datenschutz + Slack-Line + Feminismus + SPD-Prominenz + Frauenquote + Volksfest + Für Toleranz + In Farben wählen + Infomaterial + Gegen Rassismus Besuch in einer Flüchtlingsunterkunft + Workshop im Jugendforum + Politik gegen Rechts + Gleichstellung + Hochschulwahlkampf + Demonstration Refugees welcome + Gummibärchen + Isarinselfest + noch viel mehr



Die Bustour 5. Juni bis 6. September



Alle Stationen: **5. 6.** Nürnberg + **6. 6.** Schweinfurt + **12. 6.** Amberg und Neumarkt + **15. 6.** München + **18. 6.** Eichstätt + **20. 6.** Würzburg + **23. 6.** Erlangen + **1. 7.** Kulmbach + **16. 7.** Regensburg + **25. 7.** Miltenberg + **1. 8.** Freising + **8. 8.** Kempten + **9. 8.** Augsburg + **10. 8.** Marktobendorf + **11. 8.** Günzburg + **12. 8.** Neu-Ulm + **13. 8.** Schwabach + **14. 8.** Happurger See + **19. 8.** Rosenheim + **20. 8.** Burghausen + **21. 8.** Traunstein + **22. 8.** Bad Aibling + **24. 8.** Parsberg + **25. 8.** Neumarkt + **26. 8.** Darshofen + **27. 8.** Woffenbach + **28. 8.** Dietfurt + **29. 8.** Burglengenfeld, Steinberg am See, Neustadt an der Waldnaab und Weiden + **6. 9.** München



Inklusion – eine Frage der Gerechtigkeit



Neulich im Bus, Gespräch zwischen zwei jungen Männern auf dem Heimweg nach der Arbeit:

Mann 1: „Hey, hast du nicht eine Freundin?“

Mann 2: „Ja klar, schon seit über einem halbem Jahr! Und du?“

Mann 1: „Mhmm. Nee, ich nicht, ist gar nicht so einfach – eine Freundin zu finden, die auch behindert ist.“

Mann 2: „Dann zieh doch einfach von zuhause aus! Wenn du nicht mehr zuhause wohnst, laufen dir die Mädels nur so hinterher! Außerdem gibt's ja auch nette Mädels, die nicht behindert sind! Weißt du, ich hab mir eh neulich gedacht: Irgendwie sind alle Menschen ein bisschen behindert!“

Inklusion heißt Zugehörigkeit

.....

Was ist eigentlich Inklusion? Ist Inklusion die Erkenntnis, dass wir alle „ein bisschen behindert“ sind? Jein. Vermutlich ist das vielmehr die Akzeptanz der

Tatsache, dass wir alle verschieden sind und gerade deswegen alle ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben: Unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen geistigen, körperlichen, psychischen Einschränkungen oder sonstigen individuellen Merkmalen.

Das Folgende soll sich darauf beschränken, die Inklusion an den Schulen unter die Lupe zu nehmen, sie sind schließlich der Ort, an dem man zum ersten Mal damit konfrontiert wird, dass in unserer Gesellschaft Vergleichbarkeit gefordert wird.

Als Meilenstein könnte das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention gesehen werden, mit dessen Unterzeichnung sich Deutschland im Jahr 2009 zum Vertragsstaat gemacht hat. Darin steht nämlich, dass Inklusion ein Menschenrecht ist. Das hat vor allem bewirkt, dass das Thema Inklusion in die gesellschaftliche Wahrnehmung sowie in die bildungspolitische Debatte Einzug gehalten hat. Allerdings ist das deutsche Schulrecht bisher noch weit von einer hin-

reichenden Umsetzung der verbindlichen Vorgaben des Rechts auf inklusive Bildung entfernt. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass der Besuch einer allgemeinen Schule in fast allen Bundesländern immer noch unter einem Organisations- und Ressourcenvorbehalt steht. Auch wird die Umsetzung maßgeblich dadurch aufgehalten, dass die Frage der Inklusion häufig mit der Diskussion über die Abschaffung von Förderschulen beziehungsweise über deren Zusammenführung mit dem Regelschulsystem gleichgesetzt wird. Wir brauchen aber mehr als die Fokussierung auf Kinder mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf. Wir brauchen eine Entwicklung des Schul- und Rahmensystems, das die Diversität von Lernbedürfnissen zunächst akzeptiert und im Anschluss bereit ist, auf sie einzugehen. Es geht um gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem und Partizipation für alle Menschen – ohne Barrieren. Es geht um ein Bildungssystem, das individuelle Lebenswirklichkeiten anerkennt und den einzig logischen Schluss zulässt: Unterschiede sind kein Hindernis, sondern die Chance, Menschlichkeit zu erlernen.

Kranke Leistungsgesellschaft

Es wird auch häufig das Argument herangezogen, bisher ausgegrenzte Kinder könnten als Potential gesehen werden, wenn ihnen mit der richtigen Bildung „verwertbare“ Arbeitskraft entlockt werde. Dieses Argument sollte uns als junge SozialistInnen insofern aufmerksam machen, als dass diese Argumentationsstruktur eindeutig die Schrift jener Leistungsgesellschaft trägt, die die Separierung von Menschen in mehr oder weniger Leistungsfähige als Verstärker der Exklusion mit voran getrieben hat. Es gibt genug andere stichfeste Argumente, die die Forderung nach einer inklusiven Gesellschaft stützen; der Trifftigste ist vielleicht sogar unser Schlagwort „Gerechtigkeit“. Das wird sogar durch die UN-Behindertenrechtskonvention gestützt: JedeR hat das Recht auf inklusive Bildung. Menschenrechte sind Freiheitsrechte!

Das Problem sitzt in den Köpfen

Die wohl größte mediale Aufmerksamkeit rund um das Thema bekam im letzten Jahr wohl Henri. Henri hat das Down-Syndrom. Als er nach der Grundschule gemeinsam mit seinen Freunden auf das Gymnasium wechseln möchte, streikt das Bildungssystem.

Da Henri das Ziel des Gymnasiums, die allgemeine Hochschulreife, sowieso nie erreichen würde, sei es für ihn sowieso nur schädlich, da durchgeboxt zu werden, so äußerte sich damals beispielsweise Josef Kraus, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Dabei hat dieser vermutlich vergessen, dass Schule nicht nur den gesellschaftlichen Auftrag hat, Wissen zu vermitteln, sondern ebenso SchülerInnen zu mündigen und verantwortungsvollen Persönlichkeiten zu entwickeln.

Unser derzeitiges Schulsystem misst nach Leistung und der Bewältigung von Leistungsanforderungen, das heißt, es ist nicht nur hoch selektiv, sondern auch auf Schwächen und nicht auf Stärken fokussiert. Das hat rein gar nichts mit der von Vielfalt geprägten Gesellschaft zu tun, von der mancher Juso vielleicht träumt: **Eine Gesellschaft, die nicht nur den Finger in die Wunde legt, die deine Schwäche ist, sondern die dich in dem fördert, worin deine Fähigkeiten liegen. Weil du's kannst!**

Es ist klar: Es gibt viel zu tun. Abgesehen von einer fächerübergreifenden Zusammenarbeit zwischen SozialpädagogInnen, SonderpädagogInnen und LehrerInnen braucht es vor allem die Entwicklung einer Schuldidaktik, die ihre Verankerung nicht nur in der Sonderpädagogik, sondern in einem übergreifenden Konzept mit der allgemeinen Schulpädagogik und Erziehungswissenschaft hat.

Inklusion braucht aber auch Menschen mit Beeinträchtigung, die Ihr Expertenwissen zur Verfügung stellen dürfen und vor allem eine konkret umgesetzte Praxis, in der sich engagierte LehrerInnen nicht von scheinbar unüberwindbaren Hürden verschrecken lassen. Außer Frage steht selbstverständlich, dass dafür die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden – weg mit dem Organisations- und Ressourcenvorbehalt!

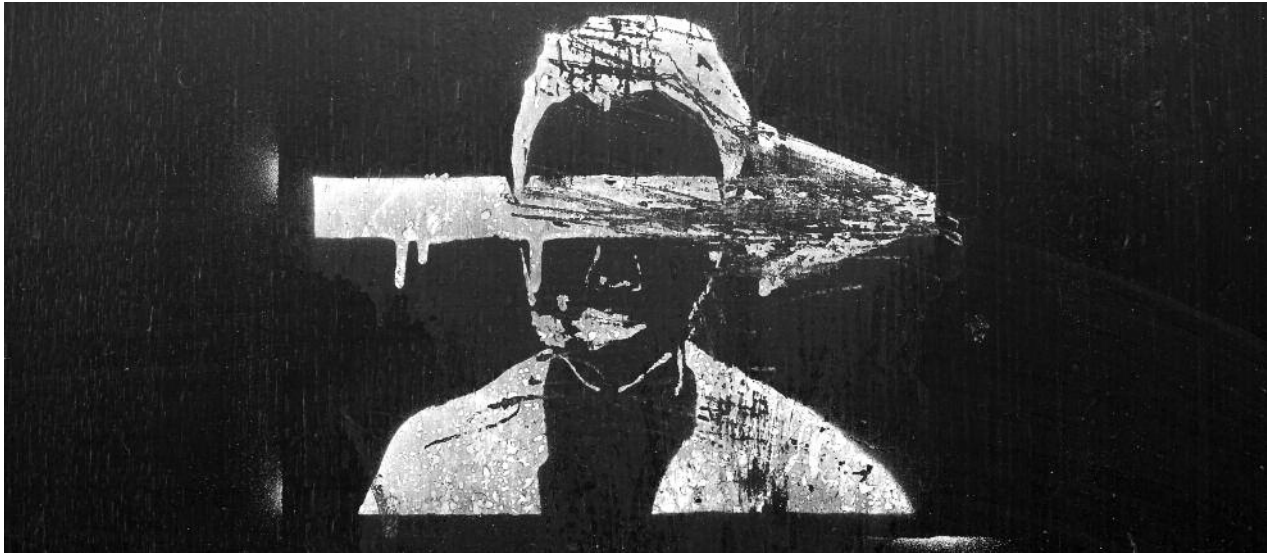
Lasst uns alle gemeinsam für eine Gesellschaft kämpfen, in der jedeR die Chance bekommt, seine Stärken in die gesellschaftliche Entwicklung einzubringen. Die eigentliche Behinderung ist nämlich die Mauer in den Köpfen derer, die uns erzählen, dass das nicht geht.

Seija Knorr
stellv. Juso-Landesvorsitzende
Politischer Schwerpunkt:
Sozialpolitik



Keine Azubis? Kein Wunder!

Immer wieder klagen Betriebe, sie würden nicht genügend Azubis finden. Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) konnten vergangenes Jahr 32 Prozent der Betriebe nicht alle angebotenen Stellen besetzen. Rund 12.000 Unternehmen bekamen demnach gar keine Bewerbungen. Die Zahl der gemeldeten unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen erreichte mit 37.100 im langjährigen Vergleich einen neuen Höchststand. Auf der anderen Seite stehen 81.200 BewerberInnen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Wie kann das sein?



Viele Jugendliche scheitern bei der Ausbildungsplatzsuche, weil sie leistungsschwach sind und nicht mal richtig rechnen können. So lautet eine gängige These. Was ist dran an dieser Erklärung? Wenig bis nichts. Zunächst prüfen die Arbeitsagenturen, ob jemand „ausbildungsreif“ ist. Als BewerberIn für einen Ausbildungsplatz werden nur Menschen erfasst, die für ausbildungsreif befunden wurden.

Trotzdem werden viele, die einen Ausbildungsplatz wollen, von vornherein ausgeschlossen. Viele Mittel-/HauptschülerInnen erhalten gar keine Chance, weil die meisten Ausbildungsplätze für RealschülerInnen oder AbiturientInnen ausgeschrieben werden. Fast zwei Drittel der in den IHK-Lehrstellenbörsen angebotenen Ausbildungsplätze schließen Mittel-/HauptschülerInnen von vornherein aus. Dieses Vorgehen passt nicht zu den ewigen Klagen der Betriebe über den vermeintlichen Fachkräftemangel.

Dies allein kann das Paradoxon der unbesetzten Ausbildungsstellen jedoch nicht erklären, denn die Mehrzahl der unversorgten BewerberInnen (66 Prozent) haben einen Realschulabschluss oder Abitur. Man kann also nicht sagen, dass immer mehr junge Leute keine Lehrstelle finden, weil die SchülerInnen immer schlechter werden.

Mangelnde Ausbildungsreife der Betriebe?

.....

Wie sieht es auf der Seite der Betriebe aus? Sind sie ausbildungsreif? Ob diese Frage mit ja oder nein beantwortet werden kann, ist stark branchenabhängig.

Wer sich die Liste der unbesetzten Ausbildungsplätze ansieht, stellt fest, dass diese eine große Ähnlichkeit mit der Liste der Ausbildungsberufe hat, die im Ausbildungsreport der DGB-Jugend seit vielen Jahren schlecht abschneiden. Berufe in denen die Ausbildungsqualität durchschnittlich schlecht und die Vergütung niedrig ist, aber unbezahlte Überstunden und ausbildungsfremde Tätigkeiten häufig sind. Dazu gehören Berufe im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk, Friseure und Zahnmedizinische Fachangestellte.

Entgegen der Behauptung der Arbeitgeber, diese Stellen könnten nicht besetzt werden, weil es den jungen Menschen an „Ausbildungsreife“ mangle, liegt die Vermutung nahe, dass junge Menschen bewusst diese Berufe meiden. Die teils eklatanten Bedingungen, unter denen junge Menschen ihre Ausbildung in diesen Berufen absolvieren, sprechen sich unter den

Jugendlichen rum. Der schlechte Ruf eilt einigen Ausbildungsberufen mittlerweile bereits voraus.

Bereits zum zehnten Mal infolge zeigt der Ausbildungsreport der DGB-Jugend, dass in bestimmten Branchen Gesetzesverstöße und Mängel traurige Realität sind. Der allseits beschworene Fachkräftemangel ist also hausgemacht. Was kann man dagegen tun?

Wirksame Kontrollen und echte Mitbestimmung ausbauen

Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz werden kaum geahndet – es fehlen die Kontrollen. Deshalb fordern wir endlich eine wirksame Kontrollinstanz, um die Gesetzesverstöße bei der Ausbildung einzudämmen.

Die Kammern kontrollieren momentan nur äußerst unzureichend: Zum einen, weil sie von ihrer Struktur her arbeitgeberfinanzierte Interessenverbände sind. Zum anderen, weil sie die Ausbildungskontrolle sträflich vernachlässigen. Sie müssten für alle Auszubildenden und Betriebe ansprechbar sein, sind aber personell völlig unterbesetzt. Hier bedarf es Ergänzungen des bestehenden Angebots und der Weiterentwicklung eines umfassenden Qualitätsmanagements. Es gilt ein niedrigschwelliges Beschwerdemanagement für Auszubildende einzuführen. Auszubildende müssen sich bei Verstößen an eine Instanz wenden können, der sie vertrauen und die ihnen sofort weiterhilft.

Das wirksamste Mittel gegen eine schlechte Ausbildungsqualität ist und bleibt aber eine starke Jugend- und Auszubildendenvertretung im Betrieb. Wenn Auszubildende und junge ArbeitnehmerInnen im Betrieb etwas zu sagen haben und mitbestimmen können, steigt die Ausbildungsqualität.

Davon profitieren auch die ArbeitgeberInnen, denn so entwickeln sich die Auszubildenden zu guten Fachkräften. Doch nicht nur in diesem Punkt ist Demokratie und Mitbestimmung im Betrieb entscheidend: Globalisierung, Digitalisierung, Industrie 4.0, demografischer Wandel – diese Zukunftsfragen können nur gelöst werden, wenn möglichst viele Menschen einbezogen werden. Gerade um neue, komplexe Fragestellungen in der globalisierten Arbeitswelt gut zu lösen, braucht es die Ideen und Vorschläge junger Menschen.

Deshalb fordern wir die Mitbestimmungsrechte junger ArbeitnehmerInnen und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben gesetzlich zu stärken.

Berufsbildungsgesetz novellieren

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes anzugehen.

Derzeit evaluiert das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das BBiG, d.h. sie prüfen, an welchen Stellen im Gesetz Änderungsbedarf besteht. Als Jusos haben wir eine umfassende Beschlusslage zum Themengebiet berufliche Ausbildung. Es gilt nun, diese in den Diskussionsprozess einzubringen und unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Berufsbildungsgesetz muss endlich alle Formen der beruflichen Ausbildung erfassen, das heißt Ausbildungsberufe, die bisher in eigenen Gesetzen oder nach Landesrecht geregelt sind, müssen aufgenommen werden, genauso wie das Duale Studium. Dieses ist bisher gesetzlich überhaupt nicht geregelt. Dadurch ergeben sich Gesetzeslücken, die Unternehmen ermöglichen dual

Studierende zu beschäftigen, ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungsqualität sichern sollen. Diese Schutzlücken müssen unbedingt geschlossen werden!

Damit nicht weiterhin fast jedeR dritte BewerberIn ohne Ausbildungsplatz bleibt, fordern wir außerdem eine Ausbildungsplatzgarantie: Alle Unternehmen mit über 10 MitarbeiterInnen sollen zur Ausbildung verpflichtet werden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an einen Ausbildungsfond entrichten. Damit alle jungen Menschen eine Chance haben, in dem Ausbildungsberuf zu landen, den sie wollen. Dafür bedarf es nicht nur eines garantierten Anspruchs auf einen Ausbildungsplatz für jeden ausbildungsinteressierten Jugendlichen. Dafür brauchen wir auch ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot durch die Betriebe selbst. Die Zahl der ausbildenden Betriebe ist so niedrig, wie seit den 1990er Jahren nicht mehr. Um das von Arbeitgeberverbänden mantraartig beschworene Problem des Fachkräftemangels zu lösen, müssen sie endlich vor ihrer eigenen Türe kehren und qualitativ gute Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl anbieten.

Stefanie Kramer

Gewerkschaftssekretärin,
stellv. Juso-Landesvorsitzende

Politische Schwerpunkte:
Arbeitspolitik, Europapolitik,
Kommunalpolitik, Gleichstellung



Pech gehabt!

Warum deutsche und insbesondere bayerische Hochschulen Horte der Ungerechtigkeit sind.

Es steht schlecht um die (soziale) Gerechtigkeit an deutschen Hochschulen. In vielen Kategorien sind sie – und insbesondere in Bayern – alles andere als gerechte Einrichtungen. Wenn Du reiche und gebildete Eltern hast, möglichst keine Migrationsgeschichte und männlichen Geschlechts bist, merkst Du davon vielleicht nichts. Andernfalls: Pech gehabt! Schuld daran ist eine vielfältige Gemengelage:

Ein Grund ist die Bologna-Reform, die das Studium verschult hat und den Studierenden keine Freiheiten lässt, weder inhaltlich noch zeitlich. Das Versäumnis, das BAföG endlich an den realen Bedarf und die Lebensrealitäten der Studierenden anzupassen und in der Folge die Tatsache, dass viele Studierende zulasten des Studiums jobben gehen müssen, spielen ebenso eine Rolle. Auch die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen lässt sich an den Hochschulen besonders deutlich erkennen. Eine weitere Ungerechtigkeit, die immer neue produziert und alte reproduziert, ist die undemokratische Gestaltung der universitären Gremien und die durch die bayerische Staatsregierung verhinderte Vertretung der Interessen der Studierenden.

Geld spielt leider eine wichtige Rolle

Das Studium ist hart. Die Finanzierung erst recht, insofern man keine reichen Eltern hat. Schon der Weg zum Studium ist alles andere als gerecht. Auch wenn es sich in den letzten Jahren verbessert hat: In Deutschland hängt der Bildungserfolg immer noch sehr stark vom Bildungsgrad und sozioökonomischen Status der Eltern ab. 77 Prozent der Akademikerkinder studieren, bei Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien sind es nur noch 23 Prozent.¹ Die Intelligenz jedoch ist über die Bevölkerung hinweg normal verteilt. Das heißt also, dass das deutsche Hochschulsystem nach Herkunft, nicht nach Intelligenz auswählt.

Warum ist das so? Ein vermutlich maßgeblicher Grund sind die Unterschiede bei der finanziellen Situation potentieller Studierender. Auch wenn Studierenden, deren Eltern sie nicht unterstützen können, durch das BAföG unter die Arme gegriffen wird, bleibt ein fahler Beigeschmack: Die AbsolventInnen starten mit einem riesigen Schuldenberg ins Berufsleben. Der

Betrag, den BAföG-BezieherInnen maximal zurückzahlen müssen, ist zwar auf 10.000 Euro gedeckelt, dennoch schreckt diese Summe viele ab. Die Sorge, diese Schulden vielleicht nicht abtragen zu können, ist viel höher, wenn man noch nie mit solchen Beträgen konfrontiert war. Dass es sich lohnt, zu studieren und BAföG zu beantragen, da später der höhere Verdienst mit einem Hochschulabschluss den Kredit um ein Vielfaches aufwiegt, steht trotzdem außer Frage.

Eine Organisation, die sich speziell um die Belange von Studierenden aus Nicht-Akademikerhaushalten kümmert, ist Arbeiterkind.de (mehr Info siehe www.arbeiterkind.de).

Arbeiten neben dem Studium – Alltag für die Benachteiligten

Auch wenn Studierende BAföG bekommen, müssen viele trotz ihres straffen Stundenplans arbeiten gehen. Zwei Drittel der Studierenden jobben nebenbei. Studierende, die nicht jobben, investieren 39 Stunden pro Woche in ihr Studium, Studierende, die jobben gehen, lediglich 33 Stunden.² Wer länger in der Bibliothek sitzen kann oder kein Seminar ausfallen lassen muss, weil die Arbeit ruft, der kann auch bessere Leistungen erzielen. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, muss das BAföG endlich an die Realitäten der Studierenden angepasst werden.

Wir Jusos fordern ein bedarfsgerechtes (deutlich höheres), elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss und ohne Altersrestriktionen, die dem so oft bemühten Ideal des lebenslangen Lernens entgegenstehen. Zudem muss ein faires BAföG auch Teilzeitstudierende berücksichtigen und der Übergang zwischen Bachelor und Master muss lückenlos abgesichert werden. Nur dann können sich alle Studierenden auf das konzentrieren, weshalb sie sich an einer Hochschule eingeschrieben haben: Auf das Studium.

Geschlechtergerechte Hochschule

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist allgegenwärtig. Hochschulen sind hier keine Ausnah-

me – im Gegenteil. Ähnlich wie der berufliche Pfad vom normalen Anstellungsverhältnis über den höheren Managementposten bis hin zum Vorstand eines Unternehmens nimmt auch in der wissenschaftlichen Karriere der Frauen*anteil nach oben hin immer weiter ab. Zwar erreichen inzwischen mehr Frauen eine Hochschulzugangsberechtigung, jedoch nehmen weit weniger dann auch ein Studium auf. In der weiteren Folge sinkt die Beteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb und bei der Besetzung von Doktorandenstellen dramatisch ab. Herrscht bei der Aufnahme des Studiums noch eine Geschlechterparität, fällt der Anteil bei C4-Professuren auf bis zu 10 Prozent.

Auch die Fächerwahl ist immer noch durch starke Geschlechtsstereotype geprägt. So sind Frauen in „typisch weiblichen“ Studiengängen (Lehramt, sozial- und gesundheitsorientierte Studiengänge, Sprach- und Kulturwissenschaften) überrepräsentiert, wogegen Männer weit häufiger „typisch männliche“ Studiengänge (Ingenieursstudiengänge, Naturwissenschaften) wählen. Bis jetzt hat noch keine ernstzunehmende Studie belegt, dass Frauen schlechtere Ingenieurinnen oder Physikerinnen wären, also lieber Pädagoginnen oder Lehrerinnen werden sollten. Doch diese Statistik bei der Auswahl der Studienfächer hat einen Grund. Mädchen und jungen Frauen wird unterschwellig eingeredet, dass „was mit Zahlen“ und gutbezahlte Ingenieurposten nichts für sie sind. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, muss aber schon viel früher, nicht erst in der Hochschule, angesetzt werden.

Undemokratische Hochschulen produzieren Ungerechtigkeit

.....

Die Statusgruppe der ProfessorInnen hat in allen universitären Gremien ein großes Stimmenübergewicht, verglichen mit allen anderen Statusgruppen. Dabei stellen ProfessorInnen nur einen Bruchteil der an einer Hochschule vertretenen Personen dar. Die überwältigende Mehrzahl dieser Personen gehört der Statusgruppe der Studierenden an. Mithilfe dieses undemokratischen Kräfteverhältnisses können ProfessorInnen Entscheidungen treffen, die nicht zwangsläufig zum Wohle aller Menschen an der Hochschule sind, sondern den Interessen der ProfessorInnen dienen. Sei es eine Regelung in der Prüfungsordnung zur Anwe-

senheitspflicht oder Bewilligung finanzieller Mittel für ein studentisch organisiertes Fest. Um Ungerechtigkeiten bereits in der Selbstverwaltung der Hochschulen zu vermeiden, müssen die Gremien endlich demokratisiert werden. Wir fordern daher eine drittel/viertelparitätische Besetzung von Senat, Hochschulrat und allen anderen relevanten Gremien. Langfristig müssen das Statusgruppenwahlrecht und damit auch die Statusgruppen jedoch gänzlich abgeschafft werden, da die politischen Konfliktlinien nicht entlang dieser Statusgruppen verlaufen.

Um der Entdemokratisierung der bayerischen Hochschulen Einhalt zu gebieten, muss zusätzlich die Entpolitisierung der Studierenden bekämpft werden. Es kann nicht sein, dass in München politische Hochschulgruppen gegängelt werden und keine Räume für Veranstaltungen innerhalb der Hochschule genehmigt werden. Es mag ja sein, dass die CSU Angst vor kritischem Engagement und aufgeklärten Studierenden hat. Für eine Hochschule ist dies aber notwendige Bedingung, wenn sie keine reine Ausbildungsstätte hochqualifizierter Arbeitskräfte zur anschließenden Verwendung auf dem Arbeitsmarkt, sondern Ort des solidarischen Miteinanders, der freien Persönlichkeitsentfaltung und -entwicklung, der gelebten Demokratie und des argumentativen Wettstreits der Ideen sein will. Und genau das ist der Anspruch, zumindest unserer.

Ein Wort noch zur Verfassten Studierendenschaft (VS): Wir fordern die gesetzliche Festschreibung der VS in Bayern – immer noch das einzige (sic!) Bundesland ohne VS – sowie ihre Ausstattung mit einem allgemeinpolitischen Mandat. Die konstruierte Trennung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Themen lehnen wir ab. Daran lassen wir keinen Zweifel!

Es bleibt also noch mehr als genug zu tun, um die deutsche und insbesondere die bayerische Hochschullandschaft in eine in allen Belangen und Kategorien gerechte Hochschullandschaft zu verwandeln. Aber mit Deiner Hilfe schaffen wir das! Warum? Weil wir's können!

1 <http://www.stern.de/panorama/gesellschaft/studenten-in-deutschland-akademikerkinder-dominieren-weiter-die-hochschulen-3801290.html>

2 <https://www.spiegel.de/unispiegel/studium/sozialerhebung-so-leben-lieben-und-arbeiten-studenten-a-907871.html>

Paul Wolter
bis Oktober 2015 Landeskoordinator
der Juso HSG in Bayern

Politische Schwerpunkte:
Hochschulpolitik, Finanz- und
Wirtschaftspolitik



Wie wirkt „digital divide“ auf unsere Bildung?

Der Begriff „digital divide“ (deutsch: digitale Spaltung) beschreibt Unterschiede in Zugang und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere dem Internet.

Das Meta-Modell von Hilbert (2011) fasst die relevanten Faktoren in einer Fragestellung mit vier Kategorien zusammen:¹

„**Wer** (Individuen, Organisationen/Gemeinschaften, Gesellschaften, Weltregionen), **mit welchen Merkmalen** (Einkommen, Erziehung, Geographie, Alter, Geschlecht, Art des Eigentums, Größe, Einträglichkeit, Sektor), **ist mit was für einer Technologie** (Telefon, Internet, Computer, digitaler TV), **wie verbunden** (Zugang, Benutzung, aktive Aneignung und Prozessintegration)?“

In der weiteren Entwicklung der digitalen Bildung müssen wir deshalb vor allem die Nutzerperspektive stärken.

Bereits heute werden „ärmere“ Familien finanziell unterstützt. Es fehlt aber an Lösungen für die breite Gesellschaft. Kinder dürfen nicht durch die finanzielle Situation der Eltern auf ihrem Bildungsweg benachteiligt werden. Dies droht akut dadurch, dass im Moment eine extrem schnelle und undurchdachte Digitalisierung in den Schulen stattfindet. JedeR SchülerIn hat ein Recht auf dieselbe Schulbildung. Nur so ist gewährleistet, dass sie die gleichen Chancen und Voraussetzungen für ihre zukünftige Entwicklung haben.

Lernen für Übermorgen

Open Education, also der kostenfreie Zugang zu Lernmaterialien, ist dabei nur ein Teil der Lösung. Die Situation kann nur verbessert werden, wenn es kostenlose und durchdachte Lösungen auch für andere bildungsrelevante Soft- und Hardware gibt. Hier sind die Kultusminister der Länder in der Pflicht. Diese müssen in die Forschung und die Etablierung von langfristigen Lösungen investieren. Nur so kann die breite Gesellschaft, unabhängig von der sozioökonomischen Situation, diese auch in Anspruch nehmen.

¹ Vgl. „Digitale Kluft“ Wikipedia: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Digitale_Kluft&oldid=145100724

Weiterhin benötigt werden auch gut ausgebildete Lehrkräfte, die sich nicht nur mit den essentiellen Programmen der „digitalen Welt“, wie z. B. Word und Excel auskennen, sondern auch weitreichendere Kenntnisse haben. Hierfür ist eine vertiefte technische und medienpädagogische Ausbildung vonnöten. Dies kommt bisher immer noch an den Universitäten zu kurz. Es bedarf einer Verpflichtung für alle zukünftigen LehrerInnen, eine grundlegende medienpädagogische Ausbildung zu absolvieren. Lehrerinnen und Lehrer sind nicht nur Vorbilder im Umgang mit digitalen Medien und technischen Werkzeugen. Sie bereiten auch die SchülerInnen von Morgen auf das Arbeitsleben von Übermorgen vor. Auch langfristig werden im Lehrberuf stets Fortbildungen nötig sein, um zukünftigen Entwicklungen zu genügen.

Es ist also Zeit für einen umfangreichen Paradigmenwechsel. Wir brauchen umfassende Lösungen im Bildungswesen, für die sich Bund und Länder ernsthaft einsetzen müssen, um den „digital divide“ von Beginn an, in den Schulklassen und in der Gesellschaft zu verhindern. Wir dürfen diese Chance nicht ungenutzt lassen, indem wir die Möglichkeiten verkennen und es verschlafen, das zu tun, was notwendig ist.

Wir müssen der drohenden „digitalen Spaltung“ entgegenwirken, um die Chancengleichheit der Individuen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Es darf keine Differenzierung nach Alter (SeniorIn vs. TeenagerIn), finanzieller Situation (Armes Kind vs. reiches Kind) oder Geschlecht (Männlich vs. Weiblich) geben.

Nur wenn wir die technischen und sozioökonomischen Voraussetzungen stärker in die Entwicklung von Bildung einbeziehen, können wir vorbeugend Probleme vermeiden.

Bengin Özdil

*Juso-Kreisvorsitzender Erlangen,
kooptiertes Juso-Landesvorstands-
mitglied für Netzpolitik*

Politische Schwerpunkte:
Digitales Leben, Netzpolitik



Zum Sterben zu viel, zum Riestern zu wenig?

Diese ironisch gemeinte Frage fasst sehr gut zusammen, welcher Druck in Sachen privater Altersvorsorge vor allem auf junge Menschen seit Ende der 1990er Jahre herrscht. Viele PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen behaupten, es gäbe keine Alternative zur kapitalgedeckten Rentenversicherung, da zu wenige Kinder (also spätere BeitragszahlerInnen) geboren werden und gleichzeitig die Zahl der RentnerInnen (die immer älter werden) steigt. Die junge Generation sei damit überfordert und das gesetzliche Rentensystem praktisch am Ende.

Mit diesen Argumenten beschloss die rot-grüne Bundesregierung die Rentenversicherungsbeiträge mittelfristig auf 20 Prozent (10 Prozent tragen die ArbeitnehmerInnen, 10 Prozent die ArbeitgeberInnen) und langfristig auf maximal 22 Prozent zu beschränken. Da diese Beitragshöhe auf Dauer nicht ausreichen würde, um das Rentenniveau zu halten, beschloss man zeitgleich die schrittweise Senkung des Rentenniveaus um 25 Prozent bis zum Jahr 2030. Deshalb werden viele RentnerInnen in die Altersarmut rutschen. Eine per Gesetz beschlossene selbsterfüllende Prophezeiung. Deshalb sollen sich die BürgerInnen eine kapitalgedeckte Rentenversicherung (über Aktien- und Fondssparpläne) zulegen. In Form von Riester-Renten werden vor allem Rentenversicherungspolice der Lebensversicherungen vom Staat gefördert.

Die Vorsorgelüge

Die JournalistInnen Holger Balodis und Dagmar Hühne beschäftigen sich in ihrem Buch „Die Vorsorgelüge: Wie Politik und private Rentenversicherung uns in die Altersarmut treiben“ kritisch mit den von Rot-Grün vollzogenen Rentenreformen. Dabei lassen sie auch z. B. Prof. Winfried Schmähl zu Wort kommen, bis 2000 Chef des Sozialbeirates der Bundesregierung: „Die Absenkung des Rentenniveaus war keineswegs notwendig, sie war politisch so gewollt, um die Menschen dazu zu bringen, privat vorzusorgen. Die we-

sentlichen Finanzprobleme des Rentensystems waren seinerzeit bereits gelöst, und mit moderaten Beitragssteigerungen hätten wir das Niveau halten können. Unterm Strich wäre das für die Beschäftigten deutlich preiswerter als die kostenträchtige Riesterrente. Die nutzt vor allem der Finanzindustrie und den Arbeitgebern, weil sie Beiträge sparen.“

In der Tat ist es so, dass bei den meisten Rentenpapieren die Versicherten mindestens 90 Jahre alt werden müssen, um eine positive Rendite zu erzielen. Doch meist werden die Verträge schon vorher gekündigt, wegen Familiengründung, Scheidung, Jobwechsel, Umzug, Arbeitslosigkeit, usw. Der Vorsitzende des Bundes der Versicherten, Alex Kleinlein, der auch Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) mitverfasst hat, konstatiert: „Über 80 Prozent der Kunden, die heute einen privaten Rentenvertrag abschließen, werden voraussichtlich effektiv Geld verlieren.“

Obwohl der Staat Riester-Renten mit etwa 17 Milliarden Euro subventioniert, kommt bei den Versicherten davon kaum etwas an, da diese Gelder zum erheblichen Teil als Verwaltungskosten und Vertreterprovisionen veranschlagt werden.

Generell sind private Altersvorsorgesysteme wesentlich unsicherer als die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung. Denn das staatliche System basiert auf der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft in Form von Beiträgen auf Löhne und Gehälter. Und die sind vergleichsweise stabil. Die Lohn- und Gehaltssumme mag mal langsamer und mal schneller steigen, doch sie wird niemals massiv einbrechen oder komplett ausfallen. Und weil im Umlageverfahren die Beiträge sofort in Form von Renten ausgezahlt werden, gibt es weder ein Inflationsrisiko noch die Gefahr, dass die Konjunktur einbricht, weil der Volkswirtschaft keine Gelder entzogen werden.

Die vom Kapitalmarkt abhängige Altersvorsorge ist hingegen nur sicher, solange der Staat bereit ist, die privaten Versicherungen zu retten. Die Privatwirtschaft kann also im Gegensatz zum Staat die Sicherheit der Auszahlungen nicht garantieren.

In den 1980er Jahren wurde in Chile versucht, die Rentenversicherung komplett auf Kapitaldeckung umzustellen. Es stellte sich aber heraus, dass die Verwaltungskosten einer privaten Versicherung viel höher

Literatur: Balodis, H./Hühne, D.: Die Vorsorgelüge – Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben, TB, Ullstein Verlag 2013

sind, sodass selbst im Fall der lückenlosen Einzahlung für ArbeitnehmerInnen mit geringem Einkommen die Rente zu niedrig war. Da sich die Kapitalanlage für die Alterssicherung als ungeeignet erwies, kehrte man wieder zum solidarischen Rentensystem zurück.

Spielräume für die Zukunft

Auch mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung bleibt die gesetzliche Rentenversicherung weiter finanzierbar. Es wird zwar gerne behauptet, dass das immer ungünstiger werdende Verhältnis zwischen Jung und Alt entscheidend sei. Doch Prof. Gerd Bosbach, ehemaliger Vorsitzender des Statistischen Bundesamts, weist darauf hin, dass es darauf nicht ankommt. Seit 1960 sank der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung um 30 Prozent. Dafür hat sich der Anteil der über 65-Jährigen fast verdoppelt. Die Bevölkerung alterte im Schnitt um 10 Jahre. Die demographische Katastrophe blieb aus. Es kam zu steigendem Wohlstand und zum Ausbau der Sozialsysteme, allerdings bei steigenden Beiträgen. 1960 lag der Rentenbeitragsatz noch bei 14 Prozent, 2010 bei 20 Prozent. Doch deswegen gehe es heute keinem schlechter. Die durch die Alterung der Gesellschaft zunehmenden Rentenausgaben wurden von der gewaltigen Produktivitätsentwicklung und den Lohnsteigerungen aufgefangen. Statt bei damals umgerechnet 3.000 Euro liegt das durchschnittliche ArbeitnehmerEinkommen heute bei über 30.000 Euro. Und 10 Prozent von 30.000 Euro zu zahlen, falle heute leichter als 7 Prozent von 3.000 Euro. Trotz Inflation und höherer Beitragssätze haben die ArbeitnehmerInnen heute deutlich mehr Kaufkraft als vor 50 Jahren, sagt Bosbach.

Im langjährigen Mittel wachse die Produktivität real um rund 1,5 Prozent pro Jahr. Und das eröffnet auch in Zukunft enorme Spielräume, wie Bosbach vorrechnet: „Selbst wenn die Arbeitnehmer nur mit einem Prozent der Produktivitätsentwicklung in Form von Lohnerhöhungen beteiligt würden, könnte jeder im Jahr 2060 30 Prozent Rentenbeitrag zahlen und trotzdem sein verbleibendes Einkommen nach Abzug der Preissteigerung um über 40 Prozent steigern.“

Fest steht, dass diverse Studien, u. a. der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Institut für

Wirtschaftsforschung, gezeigt haben, dass die Rentenreformen das Versprechen einer armutsfesten und lebensstandardsichernden Rentenversicherung nicht halten können. Deshalb halten wir genauso wie Balodis und Hühne die Rückkehr zur rein umlagefinanzierten Rente für am sinnvollsten.

Erforderlich wäre der Wille, die Standardrente nach 45 Versicherungsjahren wieder auf einen Wert von rund 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Arbeitnehmer anzuheben. Damit könnten bis 2030 die Beitragssätze auf 26 Prozent klettern. Das klingt zwar zunächst teurer als das momentane System, bedenkt man aber, dass von den ArbeitnehmerInnen 4 Prozent in die private Rentenversicherung fließen sollen, wäre die Rückkehr zum alten System für diese günstiger. Laut Prof. Schmähl würde übrigens die Steigerung auf 26 Prozent die ArbeitgeberInnen genau so belasten wie eine zusätzliche jährliche Lohnerhöhung um 0,1 Prozent.

Zwar ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs in den letzten Jahren gestiegen, dennoch ist die Zahl der Unterbeschäftigten¹ mit 3,6 Millionen (August 2015) noch relativ hoch. Zudem ist die Gruppe der atypisch Beschäftigten² (dazu zählen befristet und geringfügig Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden und ZeitarbeiterInnen) mit 7,4 Millionen (Mikrozensus 2013) viel zu groß. Alle Erwerbstätigen müssen eingebunden werden, also auch Beamten, Bergleute, FreiberuflerInnen und Selbstständige. ArbeitnehmerInnen müssen fair am Produktivitätsfortschritt beteiligt werden, um sich Beitragssteigerungen leisten zu können. Die Beitragsbemessungsgrenze muss deutlich angehoben werden.

Um die Finanzierung auf eine noch breitere Grundlage zu stellen, könnten auch Kapitaleinkünfte und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung beitragspflichtig werden. Da es immer weniger Menschen gelingt die Standardrente zu erreichen, benötigt das System eine stärkere Umverteilungskomponente, insbesondere für GeringverdienerInnen. Sie erhalten z. B. in der Schweiz und in Frankreich eine um 50 Prozent höhere Rente als in Deutschland, in den Niederlanden sind es fast 100 Prozent mehr.

1 In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsförderung teilnehmen oder kurzfristig erkrankt sind.

2 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-11/statistisches-bundesamt-atypische-beschaeftigung>

Munib Agha
stellv. Juso-Landesvorsitzender
Politische Schwerpunkte:
Wirtschafts- und Kommunalpolitik,
Gleichstellung



Gender Budgeting – Gerechtigkeit in der Finanzpolitik?



Bei Gerechtigkeit im Kontext der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen ist es nicht nur mit einer Frauenquote getan. Eine gendergerechte Finanzpolitik in den Haushalten vom Bund bis hin zu den Kommunen ist ein wesentliches Muss, das der dringenden Einführung bedarf. Das Konzept „Gender Budgeting“ wurde erstmals auf der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking von 189 Teilnehmerstaaten vereinbart.

Gender Budgeting ist eine bedeutende Strategie auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Ebenso kann es als finanzpolitisches Instrument in der Umsetzung von Gender Mainstreaming eingesetzt werden. Gender Mainstreaming soll die Perspektive der Geschlechterverhältnisse in alle Entscheidungsprozesse sämtlicher Arbeitsfelder und Organisation einbeziehen und Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar machen. Gender Budgeting ist ein Teil davon, speziell bezogen auf die finanzpolitischen Entscheidungsprozesse der Haushaltsplanung öffentlicher Verwaltungen.

Geschlechterperspektive für alle haushaltspolitischen Entscheidungen

Dies ist bereits in den einzelnen Komponenten des Fachbegriffs enthalten:

- „Gender“ drückt aus, dass die Geschlechterperspektive in alle haushaltspolitischen Entscheidungen integriert wird.
- „Budgeting“ bedeutet Haushaltsplanung. Er bezieht sich auf die Planung der Einnahmen und Ausgaben.

Somit wird Gender Budgeting international als die geschlechtsdifferenzierte bzw. eine geschlechtergerechte Budgetanalyse der öffentlichen Haushalte des Bundes, der Länder oder der Kommunen bezeichnet. Es beschränkt sich allerdings nicht nur auf die Analyse von Haushaltsplänen, sondern nimmt auch Einfluss auf die Haushaltsplanungen, um bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu beseitigen und zur Geschlechtergerechtigkeit beizutragen.

Wie bei jedem Konzept in der Ökonomie verfolgt auch Gender Budgeting Ziele, um die Umsetzung von Gender Mainstreaming voranzubringen:

- Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern durch Verteilungsgerechtigkeit,
- mehr Transparenz in der gesamten Haushaltsplanung, insbesondere in Hinblick auf die Verteilung und Wirkung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und zwar für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Parlamente und Stadt- und GemeinderätInnen,
- mehr Transparenz der Folgen der Struktur von Steuern und Gebühren auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, differenziert nach Geschlecht,

- Förderung der Effizienz und Effektivität des Einsatzes öffentlicher Gelder, weil nicht nur nach der Verteilung öffentlicher Gelder auf verschiedene Haushaltsposten, sondern auch nach dem Ergebnis der eingesetzten Ressourcen gefragt wird.

Gender Budgeting ist machbar

Gender Budgeting steht deshalb in vielen Ländern aller Kontinente auf der Tagesordnung. Gender-Budgeting-Prozesse werden von der UNO, der Weltbank, vom Commonwealth und auch von der GIZ, der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit gefördert. Ein Blick ins Internet zeigt, welche Bedeutung Gender Budgeting weltweit bereits hat.

In Deutschland hingegen herrscht immer noch die Meinung vor, es handle sich dabei um ein Randthema. Erst in den letzten Jahren kommt die Umsetzung bei uns in Gang, nicht zuletzt auf Druck der EU. Die letzte Bundesregierung hatte eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die klären soll, wie Gender Budgeting im Finanzwesen der Bundesregierung verwirklicht werden könnte. Die Studie liegt vor, aber die Ergebnisse sind leider bisher nicht veröffentlicht. Um die Einführung und Umsetzung auf kommunaler Ebene voranzubringen, haben sich in mehreren deutschen Städten Gender-Budget-Initiativen gebildet. Dazu gehören München, Berlin, Köln, Mannheim und Freiburg. Diese haben vor allem in den Themenbereichen Städtebau, Verkehrsplanung sowie Kinder- und Jugendarbeit Ansätze zur Umsetzung erarbeitet.

Eine solche Umsetzung ließe sich z. B. bei der Planung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) anwenden, wenn man den Focus explizit auf Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen legt. Grundlage für die Erarbeitung des ÖPNV-Angebots ist es dann, dass nicht nur technisch-funktionale, sondern raumstrukturelle, soziale, kulturelle und demographische Aspekte für das ÖPNV-Angebot Relevanz besitzen. So müssen im Rahmen der Bestandsanalyse alle Daten zur Bevölkerungsstruktur geschlechtsspezifisch und nach Altersgruppen differenziert aufgenommen und ausgewertet werden, z. B. für diejenigen Stadtbezirke, in denen überdurchschnittlich viele Kinder unter 10 Jahren oder überdurchschnittlich viele ältere Frauen über 60 Jahre leben. Darüber hinaus sind die für Frauen wichtigen Infrastrukturangebote der

medizinischen Versorgung, Einrichtungen zur Kinder- und Altenbetreuung, Einkaufsmöglichkeiten, Beratungsstellen sowie die Bewertung ihrer Verfügbarkeit vor Ort Gegenstand der Bestandsanalyse. Aufgrund der Bestandsanalyse soll dann die jeweilige Kommune ihre Beschlüsse für den Nahverkehrsplan fassen.

Wie schon beschrieben, liegt der Augenmerk nicht nur auf den Kommunen. Besonders die Europäische Union hat im Vertrag von Amsterdam 1999 alle Mitgliedsstaaten verpflichtet Gender Mainstreaming in allen relevanten Politikbereichen umzusetzen.

2002 beschloss die EU-Finanzministerkonferenz zur Umsetzung des geschlechtergerechten Politik die Einführung von Gender Budgeting bis 2015 anzustreben. 2004 definierte die Europäische Union Gender Budgeting so: „Gender Budgeting ist eine Anwendung des Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess. Es bedeutet eine geschlechterbezogene Bewertung von Haushalten und integriert eine Geschlechterperspektive in allen Ebenen des Haushaltsprozesses. Durch Gender Budgeting werden Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel restrukturiert, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.“ (Definition der Europäischen Union, EG-S-GB 2004, RAP FIN prov2, S. 11)

Vor allem unsere Nachbarn aus Österreich sind Vorreiter im Gender Budgeting. 2012 veröffentlichte die Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst ein Papier mit folgendem Titel: „Gender Budgeting: Das Ziel der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern Wirklichkeit werden lassen. Schritt für Schritt zum geschlechtergerechten Budget.“

Die Umsetzung von Gender Budgeting ist also eine große Herausforderung für die Gleichstellungsarbeit in der Finanzpolitik. Dennoch ist diese, wie erste Ansätze aus Europa und der Welt zeigen, auch machbar. Das Groteske, insbesondere in Deutschland, ist, wir haben eine Machbarkeitsstudie von über 230 Seiten und bis heute keine Umsetzung. Die Vorlage aus Österreich hat hingegen nur 8 Seiten, doch ihre Umsetzung wurde bereits 2012 vollzogen.

Nur wenn öffentliche Gelder auch gendergerecht verteilt werden, stellen wir Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sicher.

BE FEMINIST! Auch in der Finanzpolitik!

Quellen:

www.bka.gv.at – www.bmfsfj.de – www.esf-gleichstellung.de – www.fes.de
www.genderkompetenz.info – www.staedtetag.de

Julia Rothmayer
 stellv. Juso-Landesvorsitzende
Politische Schwerpunkt:
 Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik,
 Gleichstellung

